

BSW-WAHLPROGRAMM FÜR DÜSSELDORF

Kommunalwahl 14. September 2025



BSW: Für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit in Düsseldorf

Während immer mehr Menschen in NRW mit steigenden Preisen, kaputten Schulen, mangelnder Kita-Betreuung, fehlenden Ärzten und niedrigen Renten kämpfen, steckt die Bundesregierung Hunderte Milliarden in Waffen und Kriege.

Wir sagen: Schluss mit diesem Irrsinn! Das Geld wird dort gebraucht, wo die Menschen leben: in unseren Städten, Dörfern, Familien. **Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) steht für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft.**

Den größten Handlungsbedarf gibt es bei diesen Themen:

**FRIEDEN UND ABRÜSTUNG
WOHNEN
ARBEIT UND WIRTSCHAFT
ENERGIEVERSORGUNG
GESUNDHEIT
MOBILITÄT
BÜRGERBETEILIGUNG
ERZIEHUNG UND BILDUNG
FLUCHT UND INTEGRATION
SICHERHEIT UND ORDNUNG
KULTUR
CORONA-AUFARBEITUNG**

FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Kommunen müssen Verantwortung wahrnehmen. Für das BSW gilt die klare Ansage von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Das BSW fordert:

Keine städtische Unterstützung für Aufrüstung und Militarisierung.

Wir werden uns im Rat dafür einsetzen, dass die Stadt keine freiwilligen Beiträge zur Militarisierung leistet. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr im kommunalen Raum ab. Rüstungsbetriebe dürfen keine kommunale Förderung erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Initiativen zur Völkerverständigung unterstützt. Wir regen an, gezielt kommunale Partnerschaften mit Städten in ehemaligen Konfliktregionen zu prüfen, um den Wert des Friedens durch direkten Austausch erfahrbar zu machen und beim zivilen Wiederaufbau zu helfen.

Kommunale Partnerschaften sind Grundlage von Weltoffenheit und Völkerfreundschaften. Darum sind sie insbesondere in Zeiten der Spannungen zu pflegen und zu unterstützen.

Perspektivisch sollte die Städtepartnerschaft mit Moskau, die derzeit ruht, wieder aufgenommen werden, um den Dialog und den Austausch zwischen den Menschen zu beleben.

Wir wollen auch das Bewusstsein für Frieden im öffentlichen Raum stärken.

Das kann durch die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Friedensaktivisten oder -orten geschehen. Wir unterstützen kreative Aktionen, die das Thema Frieden sichtbar machen.

Für den heutigen SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius gilt hingegen: „Mit Bildung und Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen.“ (ZEIT Online, 21.05.2025)

Dementsprechend haben CDU/Grüne/SPD die Schuldenbremse ausschließlich für unbegrenzte Aufrüstung aufgehoben. Und ein Großteil des 500 Milliarden Euro-„Sondervermögens“ (also Schulden!) soll für kriegstauglichere Brücken, Straßen, Schienen und unterirdische Krankenhäuser ausgegeben werden. Im Rahmen des „Operationsplan Deutschland“ soll die zivil-militärische Zusammenarbeit massiv ausgebaut werden. Das betrifft gerade auch die Kommunen.

Das BSW wird sich dem auch vor Ort konsequent entgegenstellen: Wir brauchen keine Bunker und panzertaugliche Brücken, sondern lebenswerte Städte!

Auch Städte können und müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum Frieden leisten.

Das Grundgesetz verpflichtet uns in Art. 1 Abs. 2, die Menschenrechte als Grundlage des Friedens in der Welt zu achten. Diese Verpflichtung gilt auf allen staatlichen Ebenen, auch in unserer Stadt.

WOHNEN

Wohnen ist ein Menschenrecht. Ein Dach über dem Kopf zu haben, darf nicht vom Willen von Spekulanten abhängig sein.

Das BSW fordert:

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau muss ausgeweitet werden.

Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Nachfrage nach Wohnraum erzwingt einen raschen Bau von Wohnungen. In den vergangenen Jahren sind zudem immer mehr Wohnungen aus der Preisbindung herausgefallen. Dadurch ist die Zahl der Sozialwohnungen deutlich gesunken.

Das Ziel der alten Stadtregierung von 8000 neuen Wohnungen bis 2030 ist ungenügend und wird verfehlt. Auch deshalb ist es wichtig, dass die Stadt gegenüber Investoren, die Bauzusagen nicht einhalten, handlungsfähig wird.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft muss gestärkt und mit ausreichend Kapital und Grundstücken ausgestattet werden, um in großem Umfang bezahlbare Mietwohnungen zu bauen und langfristig zu sichern. Wir fordern die konsequente Anwendung und Verschärfung von Mietpreisregulierungen (Mietpreisbremse) und Maßnahmen gegen Zweckentfremdung und Spekulation.

In Düsseldorf werden wir eine aktive Bodenpolitik betreiben, um Grundstücke für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu sichern (z.B. durch Vorkaufsrechte für die Städtische Wohnungsbaugesellschaft SWD oder durch Erbpacht statt Verkauf).

Wir setzen auch auf die Konzeptvergabe: Dabei erhält nicht der Höchstbietende den Zuschlag für ein Bauprojekt, sondern derjenige, der bestimmte Vorgaben erfüllt (eine Quote für gemeinnützige oder genossenschaftliche Wohnungen, ökologische oder architektonische Standards).

Priorität muss die Nutzung von Brachflächen, die Schließung von Baulücken und die Verdichtung haben. Bei der Planung müssen von Anfang an die soziale Infrastruktur (Schulen, ärztliche Versorgung, Einkaufen), Grünflächen und gute Verkehrsanbindungen berücksichtigt werden.

Bodenspekulationen wie zuletzt mit dem Grundstück der ehemaligen Gerresheimer Glashütte dürfen sich nicht mehr wiederholen.

Wir werden innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser unterstützen. Wir wollen Wohnungsbaugenossenschaften gezielt fördern – durch die bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke zur Nutzung, durch Unterstützung bei Gründung und Planung sowie durch ein Förderprogramm für genossenschaftlichen Neubau und Sanierung. So entsteht dauerhaft bezahlbarer Wohnraum, der dem freien Markt

entzogen bleibt. Die Stadt Düsseldorf wirkt gegenüber der Landesregierung darauf hin, dass die Mietpreisbindung verschärft wird.

Zudem ist ein konsequentes Vorgehen gegen Leerstand und die Zweckentfremdung von Wohnraum nötig. Mit der Erhaltungssatzung können Verdrängungsprozesse gestoppt werden, der Umbau von Wohnungen in Büros wird erschwert. Das Wohnungsamt wird personell verstärkt, um Mietpreisbremse, Leerstand und Zweckentfremdung zu kontrollieren.

Wenn Bürogebäude leer stehen, muss geprüft werden, ob sie zu Wohnungen umgebaut werden können.

Bei der Erteilung von Baugenehmigungen ist darauf zu achten, dass nicht weitere Flächen versiegelt werden.

Die Fläche der früheren Bergischen Kaserne muss für Wohnungen genutzt werden und nicht militärisch.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Düsseldorf braucht gute und tariflich gesicherte Arbeitsplätze in Handwerk, Gewerbe, Industrie und im Dienstleistungssektor.

Das BSW fordert:

Erhalt und die Ausweisung bezahlbarer Gewerbe- und Industrieflächen, besonders für kleinere und mittelständische Betriebe.

Das BSW setzt sich für eine aktive Wirtschaftspolitik ein, die eine vielfältige und widerstandsfähige städtische Ökonomie fördert. Wir wollen den lokalen Mittelstand und das Handwerk durch Bürokratieabbau und gezielte Programme unterstützen.

Wir fördern Innovationen, insbesondere in den Bereichen Umwelttechnologie, Digitalisierung und soziale Dienstleistungen.

Der sozialverantwortliche Mittelstand – vom Handwerksbetrieb über das produzierende Gewerbe bis zur mittelständischen Industrie – ist eine tragende Säule des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Doch in vielen Vierteln verschwinden Werkstätten, Reparaturdienste oder kleine Gewerbebetriebe, weil Mieten steigen oder Flächen umgewidmet werden.

Wir fordern, dass Handwerk und Kleingewerbe wieder stärker in den Stadtteilen verankert werden – durch gezielte Flächenpolitik, Rücksicht bei der Bauplanung und Unterstützung bei der Bestandssicherung. Auch große Industrieareale wie das Vallourec-Gelände müssen als Chance für neue industrielle Arbeitsplätze betrachtet werden – statt allein für Investoreninteressen.

Städtische Unternehmen wie Stadtwerke (Sperrminorität der Stadt) oder Verkehrsbetriebe sollen gestärkt werden und als Anbieter guter Arbeitsplätze vorangehen. Die Tarifbindung in den Unternehmen, an denen die Stadt Düsseldorf wenigstens 25 Prozent hält, ist hoch, aber nicht flächendeckend. Auch in

Betrieben ohne Tarifbindung muss mindestens nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) bezahlt werden.

Guter Lohn ist auch Kampf gegen Altersarmut. Deshalb muss auch für die Tochterunternehmen der Stadt Düsseldorf gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Stadt Düsseldorf muss Vorbild bei der Tarifbindung sein.

Von allen Unternehmen, vor allem von den großen, erwarten wir soziale Verantwortung und die Schaffung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze. Die Stadt muss ihre erhebliche Marktmacht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen.

Unternehmen der Rüstungsindustrie dürfen keine städtische Wirtschaftsförderung erhalten und sollen bei Vergaben nicht bevorzugt werden.

ENERGIEVERSORGUNG

Steigende Energiekosten belasten viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Geringverdiener, Familien und Rentner. Auch für das Handwerk, kleinere Gewerbebetriebe und die energieintensive Industrie wird Energie zur Existenzfrage.

Das BSW fordert:

Energie muss sicher und bezahlbar bleiben.

Ein wichtiger Kostentreiber ist die stümperhafte Energiepolitik der

Bundesregierungen, die für das Heizen vor allem auf Wärmepumpen setzt. Der Einbau einer Wärmepumpe ist für Mieter und Eigentümer oft teuer und technisch auch nicht immer sinnvoll.

Die Stadt muss hier gegensteuern – durch eine sozial gerechte und zugleich wirtschaftlich tragfähige Energiepolitik.

Die Stadt muss einen Beitrag leisten für eine technologieoffene Energiepolitik, die neben Wärmepumpen und Erneuerbaren (Windkraft und Photovoltaik) auch andere Formen des Heizens erlaubt. Dazu gehört auch die Versorgung mit Fernwärme. Der kommunale Wärmeplan, der bis zum 30. Juni 2026 vorliegen soll, muss diesen Optionen Rechnung tragen. Sicherheit für energieintensive Betriebe: Für Unternehmen, die auf stabile und planbare Energiekosten angewiesen sind – z. B. im produzierenden Gewerbe oder in industrieller Fertigung – braucht es Planungssicherheit.

An den Stadtwerken hält die Stadt Düsseldorf derzeit einen Anteil von 25,05 Prozent. Langfristig ist dieser Anteil wieder zu erhöhen, um den städtischen Einfluss auf das Unternehmen auszubauen.

GESUNDHEIT

Der Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich Krankenhäusern und Fachärzten, muss für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert sein.

Das BSW fordert:

Prävention und Gesundheitsförderung müssen gestärkt werden. Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen brauchen passgenaue Unterstützung und barrierefreie Angebote.

In Düsseldorf werden wir uns dafür einsetzen, die sozialen Dienste bedarfsgerecht auszubauen und für kurze Wege und schnelle Hilfe zu sorgen. Wir wollen auf eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung hinwirken. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzten und Kliniken muss verbessert werden.

MOBILITÄT

Ohne Mobilität ist eine moderne Gesellschaft nicht denkbar.

Das BSW fordert:

Mobilität muss bezahlbar bleiben. Fahrpreise müssen gesenkt, alle Stadtteile und die umliegenden Kreise müssen besser an den ÖPNV angebunden werden.

Es gibt einen Zielkonflikt zwischen dem Bedürfnis und dem Zwang zu individueller Mobilität einerseits und der Notwendigkeit, den Individualverkehr einzudämmen andererseits.

Um die neuen U-Bahnhöfe wird Düsseldorf beneidet. Doch das allein macht den ÖPNV noch nicht attraktiv,

es muss auch das Angebot ausgeweitet werden. Alle Stadtteile müssen besser an das Verkehrsnetz angebunden werden. Die Taktung ist zu erhöhen. Das Sozialticket muss billiger werden und für Familien gelten.

Düsseldorf ist Pendlerstadt und Wirtschaftsmetropole. Eine moderne Verkehrspolitik denkt über die Stadtgrenzen hinaus: Die Anbindung an die umliegenden Kreise muss ausgebaut werden – für Beschäftigte, Auszubildende, Kunden und Lieferanten. Davon profitieren nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Handwerk, Einzelhandel und Industrie.

Wenn der Individualverkehr aus der Innenstadt herausgehalten wird, ist dafür zu sorgen, dass für Pendler und Besucher genügend Parkraum an den Rändern der Stadt bereitgehalten wird.

BÜRGERBETEILIGUNG

Das BSW will die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken.

Das BSW fordert:

Wir setzen uns für verbindliche Bürgerentscheide zu wichtigen städtischen Fragen ein. Die Rechte und Ressourcen der Bezirksvertretungen müssen gestärkt werden, um echte Entscheidungsbefugnisse vor Ort zu ermöglichen.

Die Stadtverwaltung muss modernisiert und digitalisiert werden, um Dienstleistungen effizienter und zugänglicher zu machen. Dabei müssen

aber immer auch der persönliche Kontakt und der Zugang für nicht-digital ausgerichtete Menschen gewährleistet bleiben.

Wir fordern maximale Transparenz bei politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln. Die Verwaltung muss ihrer Pflicht nachkommen, Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Jugendliche und deren Erziehungsrechtigte, rechtzeitig und verständlich über ihr Widerspruchsrecht bei der Datenweitergabe an die Bundeswehr (§36 BMG / §58c SG) zu informieren.

Die Verwaltung muss in klarer und verständlicher Sprache kommunizieren und auf ideologische Sprachregelungen verzichten.

ERZIEHUNG UND BILDUNG

Bildung ist elementar für Integration, beruflichen Erfolg und zur Armutsbekämpfung.

Das BSW fordert:

Massive Investitionen in Sanierung, Modernisierung und Ausbau von Schulen und Kitas. Diese Einrichtungen tragen dazu bei, soziale Schranken zu überwinden. Schulen in benachteiligten Lagen sind besonders zu fördern.

Alle Stadtteile sind ausreichend mit Kita-Plätzen zu versorgen. Insgesamt verfügt Düsseldorf rechnerisch über genügend Kita-Plätze. Allerdings sind nicht alle Stadtteile ausreichend versorgt.

Deshalb muss die Stadt sicherstellen, dass in unterversorgten Stadtteilen genügend Plätze angeboten werden.

Über die Frage der Versorgung darf die Qualität der Betreuung nicht aus dem Blick geraten. Dazu müssen die Bedingungen geschaffen werden, damit das Kita-Qualitätsgesetz seine Wirkung entfalten kann.

Kitas leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Chancengleichheit und gelingende Integration. Damit alle Kinder gut vorbereitet in die Schule starten können, setzen wir uns für einen verpflichtenden Sprachstandtest im Alter von drei Jahren ein. Wird dabei Förderbedarf festgestellt, soll ein verpflichtender Kita-Besuch erfolgen – zum Wohl des Kindes und im Interesse einer erfolgreichen Bildungsbiografie.

Außerdem fordern wir ein gesundes und kostenloses Mittagessen in allen Kitas. Frühkindliche Bildung ist nicht nur ein gesellschaftlicher Auftrag, sondern auch ein wichtiger Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – insbesondere für Mütter.

Wir setzen uns ein für eine De-Digitalisierung an Grundschulen. Die Digitalisierung hat nicht dazu geführt, dass die Leistungen der Schüler besser wurden. Im Gegenteil: Sie wurden schlechter, je mehr eine Schule den Unterricht auf Internet und Computer stützt. Zu diesem Ergebnis kommt das renommierte Karolinska-Institut aus Stockholm. In Schweden wird der digitale Unterricht deshalb zurückgefahren und wieder verstärkt mit Büchern gelernt und größere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung

der Handschrift gelegt. Diesen Weg sollte auch die Stadt Düsseldorf einschlagen.

FLUCHT UND INTEGRATION

Das BSW steht für eine Migrations- und Integrationspolitik, die Humanität und Realismus verbindet.

Das BSW fordert:

Düsseldorf muss die Herausforderungen der Zuwanderung annehmen und zugleich den Zusammenhalt fördern.

Kreisfreie Städte stehen oft im Zentrum der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten. Dies bringt große Chancen für die Vielfalt der Stadt, aber auch erhebliche Herausforderungen für den Wohnungsmarkt, das Bildungssystem, das Gesundheitswesen und den sozialen Zusammenhalt.

Das BSW steht für eine Migrations- und Integrationspolitik, die Humanität und Realismus verbindet. Wir erkennen an, dass die Aufnahmekapazitäten unserer Stadt begrenzt sind und eine ungesteuerte Zuwanderung die Systeme überfordern kann. Wir fordern von Bund und Land eine Politik, die das berücksichtigt und für eine faire Verteilung der Lasten sorgt. Für die Menschen, die bei uns leben und ein Bleiberecht haben, müssen wir bestmögliche Integrationschancen schaffen. Dazu gehören vor allem der schnelle Zugang zu Sprachkursen,

Bildung und Arbeit. Eine menschenwürdige Unterbringung ist selbstverständlich, darf aber nicht zulasten anderer sozialer Aufgaben oder der öffentlichen Infrastruktur gehen. Migranten, die straffällig geworden sind, sollen konsequent abgeschoben werden.

In Düsseldorf werden wir uns für eine effiziente Koordinierung aller Integrationsaufgaben einsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Ausländerbehörde, Jobcenter, Sozialamt, Schulen und Kitas muss verbessert werden.

Wir fordern ausreichend finanzielle Mittel von Bund und Land für die Unterbringung und Integration.

Die Nutzung von Sport- oder Gemeinschaftseinrichtungen für Unterbringung lehnen wir ab. Programme zur Arbeitsmarktintegration und zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssen gestärkt werden.

Gleichzeitig werden wir die Belastungsgrenzen unserer Stadt klar kommunizieren und auf eine Steuerung der Zuwanderung auf Bundes- und Landesebene drängen.

Wir fördern interkulturelle Begegnung und treten Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut. Kriminalität, Vandalismus und

Respektlosigkeit im öffentlichen Raum dürfen nicht hingenommen werden.

Das BSW fordert:

Sicherheit und Freiheit müssen gleichermaßen gewährleistet sein.

Wir setzen auf eine starke Präsenz von Ordnungsamt und Polizei in allen Stadtteilen, insbesondere an bekannten Kriminalitäts- oder Konfliktschwerpunkten, zum Beispiel in der Altstadt und am Rheinufer.

Als kreisfreie Stadt tragen wir umfassende Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Gleichzeitig ist Prävention der beste Schutz. Wir wollen soziale Ursachen von Kriminalität bekämpfen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und in gute Jugendarbeit investieren. Der städtische Ordnungsdienst muss gut ausgebildet, angemessen ausgestattet sein und bürgernah agieren.

KULTUR

Düsseldorf verfügt über eine reiche kulturelle Tradition in allen Sparten.

Das BSW fordert:

Düsseldorf muss als kultureller Magnet erhalten bleiben.

Das BSW will die kulturelle Vielfalt unserer Stadt erhalten und fördern. Dazu gehört die Sicherung der Finanzierung der städtischen

Kultureinrichtungen, aber auch die gezielte Unterstützung der freien Szene, soziokultureller Zentren und privater Kultureinrichtungen.

Kultur muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein, unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ist uns ein besonderes Anliegen.

Hochkultur und Kultur für ein breites Publikum sind keine Gegensätze. Die Finanzierung der einen darf nicht zu Lasten der anderen und nicht zu Lasten der Sozialausgaben gehen.

Die Düsseldorfer Oper bildet zusammen mit der in Duisburg die Deutsche Oper am Rhein. Aus bautechnischen Gründen ist das Opernhaus in Düsseldorf (gebaut 1875, nach Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg in den 50er Jahren wieder errichtet) in seinem jetzigen Zustand an das Ende seiner Nutzung gelangt.

Um auch künftig ein anspruchsvolles Musiktheater sicherzustellen, muss das Haus generalsaniert werden. Eine Sanierung hat Priorität gegenüber einem Neubau.

Sollte sich eine Sanierung technisch und wirtschaftlich als nicht sinnvoll erweisen, sollte ein Neubau geplant werden. Dieser muss in einem engeren finanziellen Rahmen realisiert werden als es in den Entwürfen vorgesehen ist. Die Pläne für die neue Oper müssen offengelegt werden.

Ein Neubau muss eine Offene Oper werden und darf nicht allein für

Hochkultur zur Verfügung stehen. Er muss multifunktional genutzt werden können: Für Musikschulen, alternative Kultur, Kunstzentren, Proberäume. Kultur fördert nicht nur Bildung, sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor und erhöht die Attraktivität einer Stadt.

Sprache ist ein Kulturgut. Die Stadtverwaltung muss verpflichtet werden, sich an die geltende deutsche Rechtschreibung zu halten. Gendersprache ist in städtischen Publikationen und Werbeanzeigen nicht zu verwenden.

die unsere Gesellschaft in der Zeit von Corona gespalten haben, wie die Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Grundrechte, die Rolle der Medien und der Wissenschaft.

Zusätzlich wird das BSW moderierte Runde Tische für Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger anbieten. In diesen Runden können die Menschen ihre Erfahrungen austauschen, um sich gegenseitig besser zu verstehen.

CORONA-AUFARBEITUNG

Der Umgang mit Corona und die Maßnahmen zur Eindämmung hat die Stadt tief gespalten.

Das BSW fordert:

Aufarbeitung der Corona-Politik auf kommunaler Ebene.

Die Risse laufen durch Nachbarschaften, Familien, Freundeskreise und Firmen.

Das BSW fordert eine Politik, die Spaltung überwindet und zum gesellschaftlichen Frieden führt.

Wir setzen uns deshalb ein für eine Aufarbeitung der Corona-Politik. Das ist Voraussetzung, um uns in unserer Vielfalt wieder offen und mit Respekt begegnen zu können.

Dazu plant das BSW eine Veranstaltungsreihe über die Themen,

Gemeinsam für unsere Stadt!

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für eine Politik der Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes. Wir wollen ein Düsseldorf, das für alle seine Bürgerinnen und Bürger lebenswert ist
– eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, guten Arbeitsplätzen, hervorragender Bildung, funktionierender Infrastruktur, intakter Umwelt und starkem sozialen Zusammenhalt.

Wir wollen eine Politik, die zuhört, Probleme klar benennt und pragmatische Lösungen findet.

Wir setzen auf Vernunft statt Ideologie, auf Gerechtigkeit statt Klientelpolitik und auf Dialog statt gesellschaftlicher Spaltung. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Zukunft unserer Stadt.
Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!